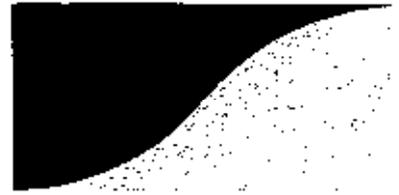


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbm d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Walter Momper, Landesvorsitzender der SPD-Berlin zum Tode von Heinz Galinski: Stimme der Versöhnung verstummt.

Seite 1

Hans Wallow MdB zu Deutschlands neuer Außenpolitik: Hilfs-scheriff oder Vorreiter der Vernunft?

Seite 2

Manfred Wolfgramm MdB zur Modernisierung der SPD: Für eine stärkere Mitwirkung der Arbeitnehmer in der Politik.

Seite 3

47. Jahrgang / 136

20. Juli 1992

Stimme der Versöhnung und Mahnung verstummt Zum Tode von Heinz Galinski

Von Walter Momper
Landesvorsitzender der Berliner SPD

Berlin verliert mit Heinz Galinski einen unermüdlichen kämpferischen Geist, der sich um den demokratischen Wiederaufbau der Stadt und der gesamten Republik verdient gemacht hat.

Mit der ihn auszeichnenden Beharrlichkeit verschrieb sich Heinz Galinski der Aufgabe, den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern wieder eine Heimat zu verschaffen in dem Land, von dem aus seinem Volk so unendliches Leid angetan wurde.

Sein Überleben der Hölle von Auschwitz und Bergen-Belsen war für ihn Verpflichtung zur aktiven Beteiligung am Aufbau unserer Demokratie und zur Versöhnung zwischen jüdischen und nichtjüdischen Mitbürgern. Der Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinde von Berlin ist sein Lebenswerk, ihre nicht wegzudenkende Rolle im geistigen und kulturellen Leben der Stadt ist Frucht seiner Arbeit.

Doch sein Wirken strahlte weit über die Grenzen Berlins hinaus. Immer dann erhob er seine Stimme, wenn es darum ging, gegen rechtsextreme Tendenzen und Verharmlosung des Holocaust Stellung zu beziehen. Mutig und mahnend wandte er sich vor allem an die junge Generation, die er bewußt nicht für Auschwitz und die Folgen verantwortlich machen wollte, der er aber stets die besondere Verpflichtung aus der Vergangenheit für die Gestaltung einer demokratischen, toleranten und menschlichen Zukunft nahebrachte.

In diesem Sinne war Heinz Galinski ein entschiedener und unbequemer Zeitgenosse, dem wir viel zu verdanken haben. Jetzt ist diese Stimme der Versöhnung und der Mahnung zugleich verstummt. Die Berliner SPD wird das Werk dieser herausragenden Persönlichkeit in Ehren halten. Wir werden Heinz Galinski nicht vergessen.

(-/20. Juli 1992/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemlichter Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Deutschlands Weltrolle: Hilfssheriff oder Vorreiter der Vernunft?

Von Hans Wallow MdB

***Drückeberger:** Auf diese Formel läßt sich der Vorwurf von CDU- und FDP-Abgeordneten gegenüber all denen bringen, die das Entsenden von Einheiten der Bundesmarine zur Überwachung des Embargos vor der Küste für unwirksam und darüberhinaus für verfassungswidrig halten. Dabei wird über Alternativen erst gar nicht nachgedacht. Für die bedrohten Menschen in Bosnien ist es keine Hilfe, sondern eine zynische Ersatzhandlung. Denn der die Leiden verlängerrnde Nachschub läuft ungestört über Rumänien und das Territorium des NATO-Mitglieds Griechenland. Selten war die Gelegenheit so günstig für die Konservativen in Parlament und Regierung, den Nachkriegskonsensus über die Landesverteidigung zu zerbrechen. Man umgibt sich mit der unantastbaren Aura des Helfens und schickt einen Zerstörer. Die Entsendung von Passagierschiffen zur Rettung der bosnischen Flüchtlinge wäre ein ehrlicheres und humaneres Zeichen der Verantwortungsübernahme.

Die Sicherheitslage in den Industrieländern ist so gut wie nie zuvor. Weder die Bundesrepublik noch ein anderer Industriestaat ist derzeit von militärischer Gewalteinwirkung bedroht. Die gestrigen Bedrohungsszenarien und Feindbildprojektionen sind gegenstandslos geworden.

Das, wofür wir seit Jahrzehnten gekämpft haben, wird für manche zum Friedensdilemma. Bei traditionellen Sicherheitspolitikern, Militärs und dem militärisch-wirtschaftlichen Komplex geht die Angst um. Bedeutungsverlust oder gar Furcht um die nackte Existenz kennzeichnen eine Diskussion, die Thema eines absurden Theaters sein könnte. Man fahndet nach einem Gegengift für den bedrohlich erscheinenden Abrüstungsvirus. In allen Parteien sammeln sich Sinnstiftungsbrigaden auf der Suche nach Zukunftsaufgaben für die Bundeswehr. Nicht die Abrüstung ist ihr Thema, sondern die Erschließung neuer Betätigungsfelder. Die angestrengte Ausschau nach Ersatzfunktionen und Bedrohungsbildern richtet sich besonders auf die Dritte Welt, dorthin, wo die Waffenproduzenten des Nordens ihre erträglichsten Geschäfte machen.

Die Kritik der Alliierten an der deutschen Politik im Golfkrieg kommt denen entgegen, die aus Gewinninteresse oder nationalkonservativem Störkekult militärische, weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr unter UNO-Kontrolle fordern. Sie können auch auf verirrte Moralisten zählen, die Konflikte nach dem Vorbild des gütigen, aber gestrengen Hausvaters mit Gewalt schlichten wollen.

Die Diskussion ist gekennzeichnet von Realitätsferne, Wunschdenken und abstarktem deutschen Fundamentalismus. Die Bilder der Toten und Verletzten in der eingeschlossenen Stadt Sarajewo rufen unweigerlich Emotionen und Mitleid hervor. Wer kann da schon der Versuchung widerstehen, nicht an die simple Lösung der Gewaltanwendung für die komplizierten sozialen Probleme zu glauben? Aber der Charakter heutiger, vergangener und erkennbarer zukünftiger Konflikte bleibt außerhalb der nüchternen Analyse - als hätten militärische Kampfeinsätze in Vietnam, in Afghanistan oder im Libanon nicht schon längst die Sinnlosigkeit dieser Art der Konfliktlösung bewiesen. Panzereinsätze sind die unwirksamste Antwort auf das Steinzeitbewußtsein fanatischer Bürgerkrieger.

Seit 1949 hat die Welt 176 Kriege mit Millionen von Toten, Verletzten und nicht mehr bezifferbarer Zerstörung erlitten. Von 1945 (Griechenland) bis heute in Jugoslawien waren davon über zwei Drittel Bürgerkriege mit letztlich sozialen Ursachen. Wer sind hier die "Guten", auf deren Seite sich die UNO-Kampfeinheiten schlagen sollten, wer die "Schlechten", gegen die zu kämpfen ist? Das Denken der Sicherheitspolitiker kreist heute unaufhörlich um den Golfkrieg. Dieser erste Rohstoffkonflikt war aber die Ausnahme, die den Blick für eine solide Lagebeurteilung vorstellt. Hier wurde nicht einmal die versprochene Demokratisierung Kuwaits erreicht. Auf welcher Seite hätte die Bundeswehr stehen sollen, zum Beispiel in Somalia, in der Westsa-

hara, Auf Grenada? Auf der Seite der Schwachen oder in der Front der ökonomischen Interessen, vielleicht gar auf der Seite von Oligarchien wie in Vietnam, die "Ruhe und Ordnung" häufig gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung versprochen? Was haben die tonnenschweren Granaten der sechsten US-Flotte im Libanon außer Tod, Zerstörung und grenzenlosem Haß erreicht? Warum mußten die britischen, französischen, italienischen und amerikanischen Truppen unverrichteter Dinge wieder abziehen?

Wer urteilt über den Wert oder Unwert regionaler Volksbewegungen, über die Berechtigung von Befreiungskriegen gegen Diktaturen? Jedenfalls dürfen die double-moral-standards amerikanischer Außenpolitik nie Einsatzkriterien für die Bundeswehr werden. Die Supermacht und größter UNO-Beitragsschuldner instrumentalisiert die Weltorganisation wie im Golfkrieg für die eigenen Interessen. Außerdem ist der Weltsicherheitsrat ein Club der größten Waffenexporteure, die fast 95 Prozent des Marktes abdecken. Das alles ist schon ein Grund für prinzipielle Vorbehalte gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr. Ihre sogenannte größere Weltbedeutung kann die Bundeswehr für die fällige Reform der UNO einsetzen.

Wie so oft, wenn machtpolitische Interessen vernebelt werden sollen, wird in der Bundesrepublik abstrakt über Nebenziele diskutiert: Ohne überhaupt ausführlich über die Alternativen oder die Zweckmäßigkeit von militärischen Gewaltmaßnahmen zum Beispiel in der Dritten Welt diskutiert zu haben, ist das konservative Lager in der Bundesrepublik einig darüber, daß es keinen deutschen Sonderweg geben darf. Konkret ist darunter doch wohl nichts anderes zu verstehen, als eine Anpassung an die vorhandenen außenpolitischen Rahmenbedingungen. So souverän sind wir jetzt, daß es uns nicht erlaubt sein soll, unsere eigenen Erfahrungen mit militärischer Gewaltanwendung in die Völkergemeinschaft einzubringen. Japan mit ähnlichen geschichtlichen Erfahrungen hat die entsprechenden Konsequenzen gezogen: Es erlaubt seinen Streitkräften zukünftig lediglich die Beteiligung an Blauhelmeinsätzen und humanitären Aktionen, nicht jedoch an militärischen Operationen.

Normal sein heißt nicht etwa die Anlehnung an andere, sondern die eigenen Erfahrungen zur Grundlage des zukünftigen politischen Handelns zu machen. Dazu gehört die Erinnerung an die zwei Weltkriege, den Holocaust und die Anpassung in der kommunistischen Erziehungs-diktatur. Die schreckliche Vergangenheit hat unserem Land die Chance zu einer zivilen, auf sozialen Ausgleich angelegten "Weltinnenpolitik" eröffnet. Das ist kein "Sonderweg" sondern die nüchtere Konsequenz aus der eigenen Erfahrung. Die Befürworter von weltweiten Kampfeinsätzen der Bundeswehr im Rahmen der UNO wollen Deutschland nicht dem "Provinzialismus" verhaftet sehen. Im Klartext: Ohne das außenpolitische Instrument der militärischen Optionsmöglichkeit empfindet man sich als Industrieland zweiter Wahl.

Das ist die Politik von Vorgestern. Mehr als 75 Prozent der Deutschen lehnen dies ab, sie haben sich gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO ausgesprochen. Die Zahl beweist zumindest die Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über das Selbstverständnis unserer Republik und ihre zukünftige Rolle in der Welt. Ohne eine solche Diskussion darf sich auch der Deutsche Bundestag nicht in eine Verfassungsänderung zum Bundeswehreininsatz hetzen lassen. Die Deutschen sind immer durch Anpassung gefährdet. Die militärische Zurückhaltung der Bundesrepublik Deutschland im Golfkrieg war ein Beweis der gerade erst gewonnenen Souveränität, die nun im Jugoslawienkonflikt flugs wieder aufgegeben wird. Diesmal fehlt die Tapferkeit vor den Freunden.

Gegen die Diskussionen über ein fast schon mystisches "Normalwerden" der Deutschen müssen wir Rationalität und soziale Ethik der Entwicklung der Welt setzen. "Dem Land seine wahren Wert" zu geben, hat Herbert Wehner gefordert. Daran muß heute erinnert werden. Deutschland kann eine Weltrolle mit der Übernahme von mehr Verantwortung bei der globalen Friedens- und Ökologiepolitik besser erfüllen als mit Kriegeinsätzen.

Daraus ergibt sich auch die Konsequenz für die Einrichtung eines wirksamen Umwelt- und Katastrophenhilfswerk, der sogenannten Grünhelme, an dem die Bundeswehr umfassend zu beteiligen ist:

- Die frühzeitige Ermittlung gesellschaftlicher Spannungszustände mit Hilfe der modernen Sozialwissenschaften als Grundlage rechtzeitigen politischen Handelns,
- die Entwicklung von Deeskalationsstrategien,
- die wirksame Durchführung von Wirtschaftsboykottmaßnahmen gegen Aggressoren - ohne Schlupflöcher für Waffen- und High-Tech-Exporteure - ist zeitgemäßes Konfliktlöseverhalten.

Mit einer modernen Hilfskonvention und der Forderung nach dem Aufbau einer internationalen Justiz einschließlich einer freiwilligen Weltpolizeitruppe der UNO, ergänzt um ein verstärktes Engagement für die berechtigten Interessen der Menschen in der Dritten Welt, können wir unsere gewachsene Weltverantwortung praktizieren.

(-/20. Juli 1992/rs/tr)

Für eine stärkere Mitwirkung der Arbeitnehmer in der Politik
Zur organisatorischen Erneuerung und Modernisierung der SPD

Von Manfred Wolfgramm MdB
Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
(Afa) in der SPD

Es bedurfte erst gar nicht der harschen Kritik des Bundespräsidenten an den politischen Parteien, um nicht schon seit längerem deren Probleme und strukturellen Defizite erkannt zu haben. Nachlassende Bildungskraft und Integrationsfähigkeit auch der SPD gegenüber großen Teilen der Arbeitnehmerschaft, die letztlich auch zu einem Verlust an politischer Gestaltungsmöglichkeit führt, muß gerade die sozialdemokratischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit großer Sorge erfüllen. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen stellte in diesem Zusammenhang schon auf ihrer Bundeskonferenz im März diesen Jahres dazu fest: "Es ist eine schmerzliche Erfahrung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der SPD zu erleben, daß die Sozialdemokratie ihre in der Geschichte erworbene Rolle, als das eigentliche politische Organ der Arbeitnehmer in dieser Gesellschaft zu sprechen und Politik zu gestalten, für weite Kreise verloren hat. Längst haben auch die Gewerkschaften erfahren müssen, wie sehr sich das Verhältnis der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ihren eigenen Organisationen verändert hat."

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen begrüßt deshalb den Beschluß des Bundesparteitages vom Mai 1991, im Rahmen des Projektes "SPD 2000" die Fragen der organisatorischen Erneuerung und Modernisierung der SPD auf breiter Grundlage zu diskutieren und über eine Verbesserung der Parteistrukturen, ihrer Verankerung in der Gesellschaft, deren repräsentative Wiedergabe in der Politik und über die Verbesserung der Chancen zur Politikgestaltung zu diskutieren, wobei wir vor allem für mehr Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Politik plädieren wollen:

1. Die Reformbestrebungen der SPD werden von uns grundsätzlich unterstützt. Wie jede andere Massenorganisation muß auch die SPD bereit sein, die Effizienz ihrer Politik und Organisation im Lichte politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse auf den Prüfstand zu bringen und notwendige Schlußfolgerungen zu ziehen.
2. Für die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ist die Diskussion zur organisatorischen Erneuerung und Modernisierung der SPD nichts Neues. Die AIA diskutiert seit ihrem Bestehen darüber, wie die organisatorische Arbeit verbessert, die Partei durch die Gewinnung neuer Mitglieder gestärkt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die politische Willensbildung der Partei stärker einbezogen und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften intensiviert werden kann. Die Diskussion führte schließlich zu dem Beschluß des Bundesparteitages 1988 in Münster, die Betriebsorganisation der SPD im Organisationsstatut der SPD zu verankern und ihre Rechte in der Partei zu stärken. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die Partei die damit verbundenen Chancen, ihre Vertrauensarbeit im Arbeitnehmerbereich zu verbessern, nicht hinreichend genutzt hat.
3. Wir stimmen der Forderung grundsätzlich zu, daß die SPD auch solchen Wählerinnen und Wählern Angebote zur Mitwirkung und Teilnahme eröffnen muß, die politisch noch nicht festgelegt sind. Nach unserer Ansicht muß der Öffnungsprozeß der SPD jedoch zunächst parteiintern ansetzen, um dann auch für Nichtmitglieder an Attraktivität zu gewinnen. Für uns ist damit die Forderung verbunden, jenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in der privaten Wirtschaft, in den produktiven Teilen des öffentlichen Dienstes und in den Gewerkschaften Vertrauensarbeit für die Partei leisten, einen besseren Zugang zur politischen Mitgestaltung zu ermöglichen und eine deutlich repräsentativere Vertretung von Themen und Personen aus der Arbeitswelt zu schaffen. Die soziologische Schieflage in den Parlamenten bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Politik der SPD und deren Wahlergebnisse. Wir sind deshalb für eine Korrektur der Auswahlkriterien bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für Parlamente und Führungsgremien der Partei. Die Arbeit von Betriebsräten, Personalaräten und Gewerkschaftern verdient nicht nur höhere Anerkennung in der Gesellschaft, sondern auch in der Partei.

4. Wir brauchen neue Ansätze, um das vorhandene Potential von sozialdemokratischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu aktivieren. Bei der Diskussion um neue Formen der AfA-Arbeit muß stärker auf die differenzierten individuellen Interessen, die zeitlichen Möglichkeiten ebenso Rücksicht genommen werden, wie auf Angebote, die die Möglichkeit einer Mitgestaltung beinhalten. Sozialdemokratische Betriebs- und Personalräte werden mit Blick auf ihre hohe betriebliche Beanspruchung nicht ohne weiteres für allgemeine Partei- und AfA-Arbeit zu gewinnen sein. Es kommt deshalb darauf an, projektbezogene Möglichkeiten einer aktiven Mitarbeit zu bieten, zum Beispiel durch einen zukunftsweisenden industriepolitischen Dialog mit Vertretern von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft, Betriebsräten und Gewerkschaften, wie er zur Zeit in Nordrhein-Westfalen von der AfA initiiert wird.
5. Es bedarf nicht unbedingt organisatorischer Veränderungen, um die Bindungskraft der SPD gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verbessern. Vielmehr kommt es darauf an, der Betriebsorganisation der SPD die Bedeutung und Unterstützung in den Unterbezirken zu geben, die sie als wirksames Bindeglied zwischen Partei und Arbeitnehmerschaft unbedingt braucht. Solange sie in der Parteiarbeit als zweitrangig behandelt wird und ihr keine echten Mitgestaltungsrechte eingeräumt werden wird sie in ihrer Anziehungskraft auch für Nichtmitglieder hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben.
6. Trotz ihrer gegenseitigen Eigenständigkeit und Verantwortung bleiben SPD und Gewerkschaften das Zentrum der reformerischen und gestaltungswilligen Kräfte in unserer Gesellschaft, die entweder ihre wichtigsten Ziele gemeinsam oder gar nicht erreichen. Die AfA unterstützt deshalb alle Bestrebungen, den Dialog mit den Gewerkschaften auf allen Ebenen der Partei zu organisieren und sie bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu unterstützen.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte der Sozialdemokratie. Sie bleiben der Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und gleichzeitig die Orientierung für das Handeln der Sozialdemokraten. Wenn Grundwerte, entscheidendes politisches Handeln für die breiten Schichten der Bevölkerung und politische Arbeit wieder mehr übereinstimmen, bedarf es keiner überparteilichen Gerechtigkeitkomitees.

(-/20. Juli 1992/rs/fr)
